

*Antwortkatalog des Bundes der Steuerzahler*

**1. Was bedeutet Preisstabilität für Ihre Organisation und deren Mitglieder?**

- a. Wie wirken sich Veränderungen des allgemeinen Preisniveaus auf ihre Organisation und deren Mitglieder aus?**

-

- b. Was bereitet Ihrer Organisation und deren Mitgliedern mehr Sorgen: eine Deflation oder eine zu hohe Inflation?**

*Es ist im Hinblick auf die Beantwortung dieser Frage notwendig, zunächst einen Blick auf die Mitgliederstruktur des Bundes der Steuerzahler zu werfen. Dessen Mitglieder sind sowohl Privatpersonen als auch Unternehmer. Die Sorgen, die Deflation oder hohe Inflation ihnen bereiten können, sind daher unterschiedlich. Ganz allgemein lässt sich feststellen, dass Deflation vor allem den Unternehmern Sorge bereitet, während eine hohe Inflation insbesondere Privatpersonen Sorge bereitet.*

*Die Mehrheit der unternehmerisch tätigen Mitglieder des Bundes der Steuerzahler sind im Dienstleistungssektor tätig. Dazu zählen u.a. freiberufliche Dienstleistungen, Hotellerie und Gastronomie. Die Zurückhaltung der Konsumenten infolge der COVID 19-Pandemie hat zu einem starken Anstieg der Sparquote in Deutschland auf 16 % geführt. Dies ist der höchste gemessene Wert seit der Wiedervereinigung (Quelle: Handelsblatt Online vom 22.09.2020, [Link](#)<sup>↗</sup>). Gleichzeitig sind Preise für einzelne Güter aufgrund der zurückgegangenen Gesamtnachfrage gesunken. Es ist daher anzunehmen, dass die unternehmerisch tätigen Mitglieder des Verbands ein Andauern der Kaufzurückhaltung fürchten und dass Deflation ihnen daher die größte Sorge zurzeit bereitet.*

*Viele unserer privaten Mitglieder sorgen eigenverantwortlich für ihr Alter vor. Die Sorge vor einer zu hohen Inflation haben in diesem Zusammenhang insbesondere diejenigen Mitglieder, die klassische (Lebens-) Versicherungen besitzen. Da sie derzeit aufgrund der Niedrigzinspolitik der EZB keine Rendite realisieren und manche Versicherungsunternehmen zudem inzwischen dazu übergehen, selbst die Beitragsgarantie bei Kapitallebensversicherungen abzuschaffen, steigt innerhalb dieser Mitgliederklientel die Sorge vor zusätzlichen Belastungen durch höhere Inflationsraten.*

- c. Bei welchen Waren und Dienstleistungen sind Preisänderungen Ihrer Ansicht nach am stärksten spürbar?**

*Unabhängig von Inflations- oder Deflationstendenzen sind Preisänderungen unserer Ansicht nach vor allem beim Strompreis zu spüren. Seit 2006 ist der Strompreis für Haushaltskunden (in ct/kWh; Abnahmefall: 3.500 kWh/Jahr) um rund 60 % gestiegen (Quelle: BMWi vom 06.05.2019, [Link](#)<sup>↗</sup>). Kostentreiber waren vor allem Erhöhungen der*

staatlich veranlassten Preisbestandteile wie Steuern, Abgaben und Umlagen. Ihr Gesamtanteil am Strompreis hat sich seit 2006 mehr als verdoppelt. Im europäischen Vergleich sind die Strompreise für Haushaltskunden mit die höchsten.

Der Bund der Steuerzahler fordert daher seit langem mindestens die Senkung der in Deutschland erhobenen Stromsteuer auf das derzeit vorgegebene Mindestniveau der Europäischen Union. Mit einer solchen Reduzierung der Stromsteuer für die nicht-gewerbliche Verwendung könnte bereits kurzfristig zur Entlastung der mittlerweile übermäßig belasteten Stromverbraucher beigetragen werden.

Im Übrigen ist selbstverständlich die Immobilienpreisentwicklung sehr auffällig. Die Niedrigzinsphase ist ganz offensichtlich ein Treiber dieser Entwicklung. Gleichzeitig fällt auf, dass die Immobilienpreise teilweise rasant, das Mietpreinsniveau jedoch vergleichsweise lediglich moderat wächst.

**d. Bei der Berechnung des Verbraucherpreisindex werden derzeit die Mieten erfasst, nicht aber die Kosten für das selbstgenutzte Wohneigentum. Für wie relevant halten Sie es, dies zu ändern?**

Ausgehend vom Basisjahr 2010 (2010 = 100) ist der Preisindex für selbstgenutztes Wohneigentum in Deutschland bis zum Jahr 2019 um 51 Punkte gestiegen (Quelle: Statista, [Link<sup>2\)</sup>](#)). Dieser Index setzt sich aus den Preisindizes für Eigenheime sowie für Eigentumswohnungen zusammen.

Diese Entwicklung bedeutet einen signifikanten Anstieg des Preisniveaus für selbst genutztes Wohneigentum innerhalb eines Jahrzehnts. Würde der Index in die Berechnung des Verbraucherpreisindex einbezogen, so stiege dieser ceteris paribus. Dadurch entspräche die aus diesem erweiterten Verbraucherpreisindex abgeleitete Inflationsrate in stärkerem Maße dem Inflationsziel von mittelfristig unter, aber nahe 2 %, welches die Europäische Zentralbank (EZB) gemäß Beschluss des EZB-Rats vom 08. Mai 2003 ([Link<sup>2\)</sup>](#)) sowie allgemeiner gemäß Art. 127 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) realisieren soll.

Theoretisch könnte sich infolgedessen der Zentralbankfokus verschieben. Im Einleitungstext zum dritten Fragenkomplex des Fragenkatalogs von „Ihre Bundesbank hört zu“ wird ausgeführt: „Ist die Stabilität der Preise sichergestellt, besteht die Aufgabe der EZB und der 19 nationalen Notenbanken darin, die allgemeine Wirtschaftspolitik in der Europäischen Union zu unterstützen. Das bedeutet vor allem, auf die nachhaltige Entwicklung Europas hinzuwirken.“

Ein vermeintlich erreichtes Inflationsziel eröffnete der EZB dann verstärkte Möglichkeiten, wirtschaftspolitischer Akteur zu werden. Kritik mit dem Hinweis auf Art. 127 AEUV würde obsolet. Dies wäre aus unserer Sicht nicht zielführend, stellt jedoch nur einen theoretischen Befund dar, da die Politik der EZB tatsächlich schon heute wirtschaftspolitische Relevanz hat.

Schwerwiegender ist aus unserer Sicht, dass die Niedrigzinspolitik der EZB in den vergangenen Jahren die Immobilienpreisanstiege stark begünstigt hat und weiterhin begünstigt. Es wäre daher konsequent und sachgerecht, dass dieser geldpolitische Wirkungskanal (Immobilienpreise) sich auch in der geldpolitischen Zielgröße (Inflationsrate) widerspiegelt. Zweifellos würde das in der Praxis Herausforderungen mit sich

*bringen, die Kosten für das selbstgenutzte Wohneigentum korrekt und zeitnah zu ermitteln. Diese Herausforderungen erscheinen jedoch nicht unüberwindlich.*

**2. Welche Erwartungen und Sorgen haben Ihre Organisation und deren Mitglieder in Bezug auf die Wirtschaftsentwicklung?**

**a. Welche wirtschaftlichen Faktoren bereiten Ihrer Organisation und deren Mitgliedern zurzeit Sorgen? Wie sind Sie von der Covid 19-Pandemie betroffen?**

*Größte Sorge bereiten dem Bund der Steuerzahler die mittel- und langfristigen Konsequenzen aus der derzeitigen, sehr expansiven Fiskalpolitik. Es ist nachvollziehbar, dass der Staat in einer Lage wie der derzeitigen Pandemie kurzfristig zu expansiven fiskalischen Maßnahmen greift, um Unternehmen zu unterstützen. Auch ein direkter Einstieg über das neugeschaffene Instrument des Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) wie zum Beispiel im Falle der Deutschen Lufthansa ist unter bestimmten, strikt einzuhaltenden Bedingungen nachvollziehbar.*

*Sorge bereitet dem Verband das, was folgt, wenn der Zustand, mit dem beispielsweise die Aussetzung der grundgesetzlichen Schuldenbremse begründet wurde, nicht mehr gegeben ist. Wird die Politik dann wirklich umgehend zum Reglement der Schuldenbremse zurückkehren? Wird die Politik dann sich als Investor aus Unternehmen wie zum Beispiel der Deutschen Lufthansa zurückziehen? Wird die Politik dann die Schulden zu tilgen beginnen, die sie aufgenommen hat?*

*Das heißt, der Bund der Steuerzahler erwartet von den politischen Entscheidungsträgern, dass sie unabhängig von der Wirtschaftsentwicklung eine konsolidierende Politik beginnen. Im Falle einer positiven Wirtschaftsentwicklung sollten die Entscheidungsträger jedoch eine besonders schnelle Rückführung der staatlichen Finanzierungsdefizite sowie der aufgenommenen Schulden anstreben.*

*Ähnliche Anstrengungen erwartet der Bund der Steuerzahler von den politischen Entscheidungsträgern auch im Hinblick auf die auf europäischer Ebene implementierten Maßnahmen. Zur Überwindung der negativen gesamtwirtschaftlichen Folgen der COVID 19-Pandemie hat die EU den europäischen Wiederaufbaufonds „Next Generation EU“ im Umfang von 750 Mrd. € eingerichtet. Zur Finanzierung dieses Vehikels ist es der EU erstmals temporär gestattet, selbst Anleihen zu begeben und Schulden aufzunehmen. Die geplante 30-jährige Tilgungsdauer – ab dem 01. Januar 2028 bis spätestens 2058 – sieht der Bund der Steuerzahler jedoch als zu wenig ambitioniert und daher äußerst kritisch an.*

*Auch auf Ebene der EU müssen politische Entscheidungsträger also sobald wie möglich beginnen, konsolidierende Maßnahmen durchzuführen.*

- b. Wie haben sich die Veränderungen der wirtschaftlichen Bedingungen in den letzten zehn Jahren auf das Leben Ihrer Mitglieder ausgewirkt? Welche Auswirkungen hatten oder haben sie zum Beispiel auf Ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt?**

*Ein Teil unsere Mitglieder ist selbständig erwerbstätig. Der Arbeitsmarktaufschwung war für sie daher weniger relevant. Gleichwohl haben sie von dem langanhaltenden Wirtschaftsaufschwung profitiert. Unsere Mitglieder sind des Weiteren größtenteils der Mittelschicht zuzurechnen. Hier sind Erwartungen, etwa an spürbare steuerliche Entlastungen vor dem Hintergrund jahrelang stark steigender Steuereinnahmen, nicht erfüllt worden.*

- c. Wie wirkt sich die Geldpolitik des Eurosystems auf Ihre Organisation und deren Mitglieder sowie auf die Wirtschaft insgesamt aus?**

*Die Mitglieder des Bundes der Steuerzahler sind von den Maßnahmen der EZB weniger direkt betroffen. Jedoch ruft die Niedrigzinspolitik der EZB infolge ihrer sehr expansiven geldpolitischen Maßnahmen Sorge bei vielen Mitgliedern im Hinblick auf die mittel- bis langfristige finanzielle Stabilität der Bundesrepublik hervor.*

**3. Welche anderen Themen sind Ihrer Organisation und deren Mitgliedern wichtig?**

- a. Sollte das Eurosystem, also die EZB und die nationalen Notenbanken, nach Ihrer Meinung und der Ihrer Mitglieder mehr oder weniger Gewicht auf die anderen Gesichtspunkte legen und warum?**

*Wie in der Antwort auf Frage 1 d ausgeführt, sollten sowohl die EZB als auch die nationalen Notenbanken der Mitgliedstaaten der Eurozone davon Abstand nehmen, sich anderweitig zu betätigen, als es ihnen Art. 127 AEUV gestattet.*

*Daher: Nein. Die EZB sollte sich primär auf Ihr Mandat der Preisniveaustabilität konzentrieren. Der Einsatz aller weiteren fiskal- und wirtschaftspolitischen Instrumente sollte, wie es jetzt der Fall ist, aufgrund ihrer Heterogenität ausschließlich den Mitgliedstaaten der Eurozone selbst obliegen.*

- b. Gibt es außer den genannten noch weitere Aspekte, die das Eurosystem nach Ihrer Ansicht und der Ihrer Mitglieder bei seinen geldpolitischen Entscheidungen berücksichtigen sollte?**

*Siehe Antwort auf Frage 3 a.*

- c. Dem Klimawandel zu begegnen ist eine gesellschaftliche Herausforderung. Welche Rolle sollte aus Ihrer Sicht die Notenbank wahrnehmen und welche Aufgaben sind bei anderen Akteuren besser aufgehoben, beispielsweise bei den Regierungen?**

*Hier sehen wir die institutionelle Lösungskompetenz nicht bei EZB, sondern bei der Europäischen Union. Wir plädieren für eine schnelle Ausdehnung des bestehenden EU-CO<sub>2</sub>-Zertifikatehandels auf andere zentrale Bereiche, insbesondere den Verkehrs-, Gebäude- und Agrarsektor.*

**4. Wie können wir am besten mit Ihrer Organisation und deren Mitgliedern kommunizieren?**

- a. Inwieweit fühlen sich Ihre Organisation und deren Mitglieder gut über die EZB und ihre nationale Notenbank informiert, z. B. was die aktuellen Maßnahmen aufgrund der Covid 19-Pandemie betrifft?**

*Die Kommunikation der EZB und der ESZB-Notenbanken erscheint nur in eingeschränktem Maße breitenwirksam.*

*Dass trotz nahezu gleichzeitig ergangenem kritischem Urteil des deutschen Bundesverfassungsgerichts bezüglich des Ankaufsprogramms PSPP die EZB mit dem PEPP ein neues, pandemiebedingtes Ankaufsprogramm aufgelegt hat, welches nicht von dem Gerichtsurteil betroffen war, ist für die allgemeine Öffentlichkeit nur schwer nachvollziehbar.*

*Auch wenn geldpolitische Maßnahmen einen äußerst technischen und internationalen Charakter haben, sollte die EZB die von ihr ergriffenen Maßnahmen stets so erklären, dass Laien deren Wirkungsweise, vor allem aber den Grund ihres Einsatzes nachvollziehen können.*

*Unklar bleibt, wie eine Abkehr vom derzeitigen Niedrigzinsniveau erfolgen bzw. kommunikativ in Aussicht gestellt werden kann. Auch wenn eine Änderung der derzeitigen geldpolitischen Maßnahmen der EZB vorerst nicht zu erwarten ist (Quelle: EZB Pressemitteilung vom 29. Oktober 2020, [Link<sup>7</sup>](#)), erscheint uns eine Abkehr vom momentanen Niedrigzinsniveau aus mindestens zwei Gründen geboten. Erstens mit Blick auf die Überhitzungsgefahren am Immobilienmarkt und zweitens mit Blick auf die öffentlichen Haushalte. Gerade die öffentliche Haushaltspolitik ist in den vergangenen Jahren zunehmend in die Abhängigkeit von niedrigen Kreditzinssätzen geraten. Künstlich niedrige Zinssätze ermöglichen politisch vergleichsweise mühelose Ausgabenentlastungen und preiswerte Neukredite. Haushaltspolitik muss sich jedoch die Fähigkeit zu echten Ausgabenüberprüfungen und -kürzungen erhalten. Die Gewöhnung an ein niedriges Zinsniveau wäre insofern bedenklich.*

- b. Wie könnten die EZB und die Bundesbank die Vorteile von Preisstabilität und die mit einer zu hohen und zu niedrigen Inflation verbundenen Risiken besser erklären?**

*Auch hier gilt, dass technische und für Experten leicht verständliche Aspekte so erklärt werden sollten, dass Laien sie verstehen können.*

*Das bedeutet vor dem Hintergrund dieser speziellen Frage über Vor- und Nachteile von Preisstabilität und Inflation, dass zum Beispiel das nationale kollektive Gedächtnis der deutschen Bevölkerung zu berücksichtigen ist: Vor nahezu 100 Jahren zerstörte eine Hyperinflation den nach dem Ende des Ersten Weltkrieges 1918 noch verbliebenen Lebensstandard der damaligen deutschen Bevölkerung. Inflation ist im Deutschen daher besonders negativ konnotiert.*

*Das derzeitige Inflationsziel von 2 % ist vertrauenswürdig.*

*Wie nun könnten EZB und Bundesbank Vorteile von Preisstabilität und Nachteile von Inflation besser erklären? Ganz konkret: Dadurch, indem sie Abstand nehmen von Ver-*

*klausulierungen. Denn was genau bedeutet zum Beispiel die Ankündigung der EZB-Präsidentin Christine Lagarde in ihrer Rede vom 30.09.2020 anlässlich der „ECB and Its Watchers XXI“-Konferenz: „We need to thoroughly analyse the forces that are driving inflation today, and consider whether and how we should adjust our policy strategy in response.“ Welche Form könnte eine angepasste politische Strategie annehmen? Ein neues, erhöhtes Inflationsziel? Die Einflussnahme auf andere Politikbereiche wie die nationale Fiskalpolitik (vgl. Antwort auf Frage 1 d)?*

*Laien werden hierüber unterschiedliche Interpretationen anstellen, die zu Verunsicherung und (weiterem) Vertrauensverlust in die EZB, nicht in die Bundesbank, führen können.*

**c. Was können die EZB und die Bundesbank tun, damit Ihre Organisation und dessen Mitgliedern unsere Entscheidungen und deren Folgen besser verstehen?**

*Unser Eindruck ist, dass in der öffentlichen Diskussion geldpolitische Zusammenhänge nur selten vertieft erörtert werden. Hier könnten die Zentralbanken zu mehr Aufklärung und Transparenz beitragen. Wichtige Aspekte wären dabei aus unserer Sicht:*

- *Details der Zusammensetzung der Aktiva der Bilanzen der Zentralbanken*
- *Target-Salden-Problematik*
- *Geldschöpfungsprozesse in heutigen Mindestreserve-Systemen*
- *Zusammenspiel von kurz- und langfristigem Zinssatzniveau*
- *Zusammenspiel Geldmengen versus Preisniveau*